ÖSTERREICHISCHE UNIVERSITÄTENKONFERENZ

DIE ÖSTERREICHISCHE REKTORENKONFERENZ

**AUSSENDUNG 18.10.2011**

**uniko zu BMWF-Gutachten: Rechtssicherheit muss gewährleistet sein**

**Utl: Schmidinger: „Politik ist bei offener Frage der Studienbeiträge gefordert“**

„Das Ergebnis des von Bundesminister Töchterle eingeholten rechtlichen Gutachtens stellt eine Aufforderung an die Politik dar, die Frage der Studienbeiträge an den österreichischen Universitäten endlich zu regeln“, erklärt der Präsident der Universitätenkonferenz (uniko), Rektor Heinrich Schmidinger. Die uniko erwartet sich, dass dies im Sinne der Studierenden und der Universitäten umgehend geschieht. Schmidinger: „Der Bundesregierung muss klar sein: Die Universitäten brauchen gerade in so heiklen Fragen lupenreine Rechtssicherheit. Eine einzelne Rechtsmeinung stellt diese noch nicht her.“

Darüber hinaus hält der uniko-Präsident fest: Egal wie die Studienbeiträge finanziert werden – wie bisher durch Ersatz seitens des Bundes oder allenfalls künftig durch Einhebung seitens der Universitäten –, sie bilden einen beachtlichen Anteil des Budgets, bei einigen Universitäten bis zu zehn Prozent desselben. „Darauf kann in keinem Fall verzichtet werden“, betont Schmidinger.

Rückfragehinweis:
Manfred Kadi
Referent für Öffentlichkeitsarbeit
Österreichische Universitätenkonferenz
Floragasse 7/7
1040 Wien
Tel.: +43 (0)1 310 56 56 - 24
Fax: +43 (0)1 310 56 56 - 22
Email: manfred.kadi@uniko.ac.at
Homepage: www.uniko.ac.at